

Liebe Leser,  
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend  
über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für  
Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

## Inhaltsverzeichnis

<b>Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen .....</b>	<b>4</b>
BLAUE POST Bautzen mit neuem Layout und mehr Lesestoff erschienen .....	4
<b>Termine – Kreisverband Bautzen.....</b>	<b>5</b>
<b>Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag</b>	<b>6</b>
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 17.11.2019 .....	6
Genug GEZahlt! – Jetzt mitmachen und unterschreiben!.....	8
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 16./17.11. 2019.....	9
Linker Terror geht weiter – Regierung muss Antifa sofort verbieten .....	9
PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.11.2019 .....	9
Linksextremisten unterwandern Klimaproteste – CDU-Regierung schaut weg .....	9
600 Euro mehr für Pflegeheim – staatliche Hilfe und Landespflegegeld nötig.....	10
Jeder zweite Arbeitslose hat Migrationshintergrund.....	11
PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.11.2019 .....	11
Zahl der Woche: 3296 Straftaten von „geduldeten Ausländern“ seit Jahresbeginn in Sachsen .....	11
AfD-Anfrage enthüllt: 1,5 Millionen Euro für militante Antifa.....	12
Brandbrief von Ingenieuren: Bauen muss schneller gehen.....	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 21.11.2019 .....	14
Renten-Doppelbesteuerung abschaffen .....	14
E-Auto-Planwirtschaft vernichtet unzählige Jobs .....	14
Pflicht zum Kassenbon stellt Kleinbetriebe unter Generalverdacht .....	15
<b>Neues von der Alternative für Deutschland .....</b>	<b>16</b>
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 16./17.11. 2019.....	16
JVA völlig überlaufen: Wohin mit Straftätern in Sicherheitsverwahrung? .....	16
Der Mammut-Bundestag mit über 800 Abgeordneten rückt näher .....	17
Alarmstufe Rot in Halle: Clan verprügelt Polizisten und droht ihnen Kopfschüsse an .....	18



Somalier sticht Feuerwehrleute fast tot.....	18
PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.11.2019 .....	19
Gesponsert durch Seehofers Heimatministerium.....	19
Die Politik der GRÜNEN geht zulasten der Bürger .....	20
PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.11.2019 .....	20
Keinen Cent zusätzlich für den zwangsfinanzierten GEZ-Staatsfunk.....	20
PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.11.2019 .....	21
Die wahre Heimat der Werte Union ist die Alternative für Deutschland.....	21
Mit der Allensbach-Umfrage hat die GroKo ihre Bankrotterklärung durch die Bürger.....	21
Schon ab dem ersten Cent: Erste Volksbank kassiert Strafzinsen!.....	22
PRESSEMITTEILUNGEN vom 21.11.2019 .....	22
Lebensgefahr für unsere Kinder? Verhafteter Bomben-Islamist arbeitete in Grundschule! .....	22
Dreiste Betrüger: Goman-Clan erschlich sich Hunderttausende Euro Hartz IV!.....	23
Die Regierung vergiftet den Mittelstand.....	24
PRESSEMITTEILUNGEN vom 22.11.2019 .....	24
CDU ist keine Volkspartei mehr.....	24
Verfassungsschutz warnt: Linksextreme Angriffe auf "Klima-Killer", Kreuzfahrtschiffe und SUV! .....	25
<b>Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag .....</b>	<b>26</b>
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 16./17.11. 2019.....	26
Untersuchungsausschuss-Breitscheidplatz – Schwere Vorwürfe gegen Innenministerium restlos aufklären!.....	26
PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.11.2019 .....	26
Wahlbeobachtung zur Parlamentswahl in Weißrussland .....	26
Politische Rahmenbedingungen für Rapsanbau verbessern! .....	27
PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.11.2019 .....	28
Der Westen verliert Afrika.....	28
Volkswagen AG soll endlich einen Schlusstrich ziehen und einen ernsthaften Vergleich für geschädigte Diesel-Kunden anbieten .....	28
Klimakabinettsbeschluss sorgt für Auftragsstornierungen bei Sanitär Heizung Klima .....	29
Bundesregierung ist auf dem linken Auge blind.....	29
Delegationsreise der Kontaktgruppe Syrien der AfD-Bundestagsfraktion .....	30
PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.11.2019 .....	31
Elternrechte in Gefahr – Warnung vor Kinderrechten im Grundgesetz .....	31
PRESSEMITTEILUNGEN vom 21.11.2019 .....	32



„Klimabank“ weder im Interesse Deutschlands noch ärmerer Staaten.....	32
Rückzugsgefecht statt Wohnbauoffensive .....	32
Bundesregierung will Digitalisierung in Afrika fördern, versagt aber schon bei der Digitalisierung in Deutschland .....	33
Tierquälerei geht leider weiter .....	33
<b>PRESSEMITTEILUNGEN vom 22.11.2019 .....</b>	<b>34</b>
Die Nato ist keine „Wünsch-dir-was-Organisation“ .....	34
<b>Videos / Reden von AfD-Politikern aus dieser Woche .....</b>	<b>35</b>
AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag .....	35
Pressekonferenz der AfD-Fraktion zur Einsetzung einer Enquete-Kommission Ländlicher Raum .....	35
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag .....	35
Grüner Deutschenhass & die chaotische Außenpolitik!   Berliner Gespräche mit Armin-Paul Hampel.....	35
AfD Kompakt TV .....	35
<b>Meldungen aus Deutschland und der Welt .....</b>	<b>36</b>
Werfen: Illegales Araber-Hotel entdeckt – Polizei macht falschen Bauernhof dicht.....	36
Mit Karacho in die EU: Ein Van mit 52 Afrikanern durchbricht Grenztor nach Ceuta.....	36
IS-Moslemin zu n-tv: „Wir haben geköpft, weil es im Koran steht“ .....	36
HALAL-Produkte erobern deutsche Supermärkte.....	36
Imam-Ausbildung: Pilotprojekt startet .....	36
Rundfunkbeitrag: Kommission einigt sich auf erhöhte GEZ-Abgabe.....	36
17-Jährige stoßen Jugendliche vor S-Bahn in den Tod - Verteidiger bestreitet Tötungsabsicht .....	36
Kretschmers Attacke – „In der AfD sitzen Neonazis“ .....	36
Mann mit 18 Identitäten an der A 17 bei Berggießhübel aufgegriffen .....	37
<b>Achtung Satire: Humoriges .. ernste Dinge mit einem kleinen Augenzwinkern betrachtet, denn das Lachen lassen wir uns erst recht nicht verbieten ;-)</b> .....	<b>37</b>
Kommunalmandate im KV Bautzen .....	38
PRESSE-ARCHIV .....	38
SPENDENKONTO.....	38
KONTAKT:.....	38

## Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

BLAUE POST Bautzen mit neuem Layout und mehr Lesestoff erschienen.



Neben Bundestags- und Landtagsabgeordneten berichten Kreis-, Stadt- und Gemeinderäte über ihre Arbeit. Jederzeit online unter <http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>



## Termine – Kreisverband Bautzen

Mo	25.11.19	19.00 Uhr	Sport- und Freizeitzentrum Tomogara Bautzener Str. 122 01917 Kamenz	<b>VERSAMMLUNG Regionalgruppe Kamenz</b> Thema: AfD-Stadt- und Kreisräte stellen sich zur Diskussion
Do	28.11.19	19.00 Uhr	Hotel "Goldner Hirsch" Markt 10 01917 Kamenz	<b>VEREINSVORSTELLUNG</b> "Verein zur Förderung der politischen Bildung e.V." Vorstand und Gründungsmitglieder stellen sich und den Verein vor! Einladung im Auftrag des Vorsitzenden Stefan Reimann (AfD-Stadtrat Kamenz)
Do	28.11.19	19.00 Uhr	Gaststätte Sachsenkrone Poststr. 1 01896 Ohorn	<b>BÜRGERSTAMMTISCH</b> mit Heike Lotze und Dr. Frank Hannawald Thema: Die AfD im Kreistag Bautzen
Fr	29.11.19	19.00 Uhr	Unterer Gasthof Hauptstr. 55 01454 Wachau	<b>STAMMTISCH Regionalgruppe Radeberg</b> Thema: Der neue Rundfunkstaatsvertrag
Mo	02.12.19	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Klosterstr. 4 01917 Kamenz	<b>BÜRGERSPRECHSTUNDE</b> mit Karsten Hilse - MdB
Di	03.12.19	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Friedrichsstr. 9 02977 Hoyerswerda	<b>BÜRGERSPRECHSTUNDE</b> mit Karsten Hilse - MdB
Di	03.12.19	18.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Straße 15 02625 Bautzen	<b>BAUTZENER LIEDERTAFEL</b> Gemeinsames Singen deutscher Volks- und Weihnachtslieder
Fr	06.12.19	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	<b>BÜRGERSPRECHSTUNDE</b> mit Karsten Hilse - MdB
Do	12.12.19	15.00-17.00 Uhr	Stadtverwaltung Wilthen Bahnhofstr. 5 02681 Wilthen	<b>BÜRGERSPRECHSTUNDE</b> mit Frank Peschel, MdL und den AfD-Stadträten Uwe Flack und Gundolf Göbel
Di	17.12.19	18.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Straße 15 02625 Bautzen	<b>BAUTZENER LIEDERTAFEL</b> Gemeinsames Singen deutscher Volks- und Weihnachtslieder

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>



## Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

### Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 17.11.2019

Liebe Freunde, liebe Leser,

der Sächsische Landtag muss sich mit der möglichen Einführung von Gemeinschaftsschulen beschäftigen, weil 50.000 Bürger dafür unterschrieben haben. Als Freunde der direkten Demokratie nehmen wir diesen Auftrag sehr ernst.

Wir glauben jedoch, dass viele der Befürworter der Gemeinschaftsschule noch gar nicht begriffen haben, was hinter diesem linken Projekt steckt und warum es das Gegenteil der AfD-Initiative für längeres, gemeinsames Lernen ist. Ich möchte Ihnen daher die Ziele beider Vorhaben in aller Ruhe erklären:

Das Ziel der Gemeinschaftsschule ist es laut Angaben der Initiatoren, die „soziale Ungleichheit“ zu lindern. Das heißt: Noch mehr Schüler sollen Abitur machen. Das ist aber nur möglich, wenn das Anforderungsniveau nach unten korrigiert wird. Genau das geschieht mit der Gemeinschaftsschule, die in Wahrheit eine Einheitschule ist.



Die Linken wollen damit ihre Gleichheitsutopie verwirklichen. Sie glauben, jeder könne Beethoven werden. Unabhängig von Sprachkenntnissen, individuellen Begabungen und persönlichen Defiziten!

Was dabei herauskommt, ist fatal: In der Gemeinschaftsschule werden zwei Pädagogen pro Klasse benötigt. Trotzdem sind die Lehrer überfordert. Sie müssen sich gleichzeitig um das hochbegabte Mathe-Ass sowie Kinder mit rudimentären Deutsch-Kenntnissen und anderem, besonderen Förderbedarf kümmern.





Das Ergebnis ist ein heilloses Durcheinander, unter dem ersten Studien zufolge auch der Lernerfolg der Schwächeren leidet. Wie in Baden-Württemberg bereits Realität, können sie nicht mehr sitzenbleiben. Die Motivation bestimmter Eltern, etwas zu verbessern, fällt damit gänzlich weg.

Die soziale Spaltung unserer Gesellschaft bleibt übrigens ebenfalls bestehen. Wohlhabende, bildungsaffine Schichten schicken ihre Kinder einfach auf die Privatschule. Es gibt deshalb wirklich keinen einzigen Grund, auf die Irrwege westdeutscher Bundesländer einzuschwenken.

Die Gemeinschaftsschule stammt aus der Experimentierküche sozialistischer Gleichmacher, die sich einen besseren Menschen basteln wollen und dabei auch vor Zwangsmaßnahmen nicht zurückschrecken. Die AfD wird solche politischen Vorstellungen immer bekämpfen.

Trotzdem sprechen wir uns für ein längeres, gemeinsames Lernen bis zur achten Klasse aus. Das geht einher mit dem Ziel, die duale Ausbildung wieder zu stärken und den Überakademisierungswahn zu überwinden.

Der Hintergrund ist dabei folgender: In der vierten Klasse weiß ein Kind noch lange nicht sicher, was es später einmal machen möchte. Zudem schwanken die Leistungen der Zehn- bis Zwölfjährigen immens, so dass es zu vielen Schulwechseln in der fünften und sechsten Klasse kommt.

Wir sollten daher unseren Kindern für ihre Entwicklung die nötige Zeit lassen und sie behutsam erziehen. Dafür ist ein guter Zusammenhalt in der Klasse enorm wichtig. Die Klassen früh auseinanderzureißen, nimmt den Kindern die Geborgenheit. Das wollen wir ändern.

In der achten Klasse ist der beste Zeitpunkt für die schwierige Entscheidung über den weiteren Lebensweg. Wer handwerklich begabt ist, sollte danach auf eine Oberschule wechseln, die auf praktische Tätigkeiten vorbereitet. Wer sich für soziale Berufe interessiert, muss diese Fachrichtung vertiefen können.

Und nur wer mit überdurchschnittlichen Leistungen seine intellektuellen Fähigkeiten nachgewiesen hat, sollte auf das Gymnasium gehen, um danach studieren zu können. Indem wir hier strenger auswählen, werten wir die Oberschule und „einfache“ Berufe auf.

Das kommt gerade dem Mittelstand zugute, der keine Fachkräfte mehr findet, weil den jungen Leuten eingeredet wurde, dass sie ohne ein Studium nichts wert seien. Wir brauchen aber keine Unmengen an Soziologen, Politologen und Extremismusforschern, die nur Anstellungen in steuerfinanzierten Verbänden finden.

Die Wahrheit ist: Unser Staat forciert diese bedenkliche Entwicklung, um unsere Jugend umzuerziehen und um Geld zu sparen, da ein voller Hörsaal mit Politik-Studenten im Gegensatz zum Medizin-Studium oder einer anspruchsvollen technischen Ausbildung sehr billig ist.

Wir müssen also unser Bildungssystem vom Kopf auf die Füße stellen. Es muss Nachwuchs für alle in unserer Gesellschaft notwendigen Tätigkeiten hervorbringen. Für diese Vielfalt und Differenziertheit steht die AfD. Einheitsmenschen wollen wir nicht.

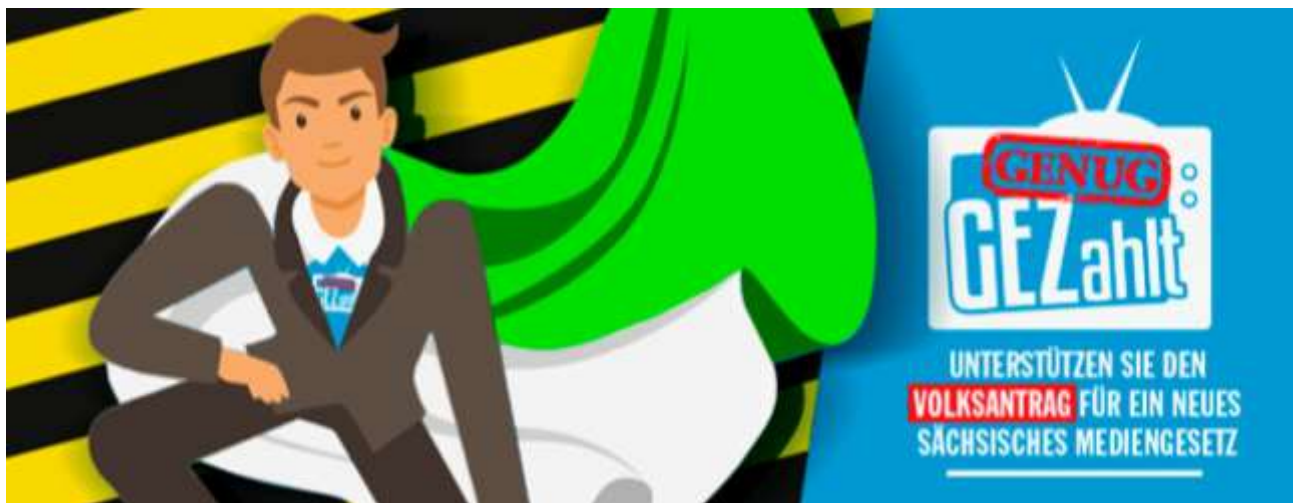
Bis nächsten Sonntag,  
Ihr Jörg Urban

<https://www.facebook.com/joerg.urban.mdl/photos/rpp.913768352048396/2562458057179409/?type=3&theater>

**Genug GEZahlt! – Jetzt mitmachen und unterschreiben!**

Liebe Freunde,  
wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt.

Wir wehren uns mit der Volksinitiative "Genug GEZahlt!" gegen die einseitige Manipulation der Öffentlichkeit durch die übermächtigen Staatsmedien. Sie bestimmen die täglichen Schlagzeilen, die jedes aber auch jedes Medium zwingen, sich daran abzuarbeiten. Dieses Agenda Setting wird mit 8 Mrd. EUR Zwangsbeiträgen nur für die Öffentlich-rechtlichen durchgesetzt. Das ist eine grobe, gesetzwidrige Wettbewerbsverzerrung. Allein die Tatsache, dass einzig und allein die AfD es wagt, diese Manipulation der Meinungsbildung zu thematisieren, macht uns schon zu den "bösen" Außenseitern.



Deshalb ist unsere Volksinitiative ein zentrales Thema für unsere Partei. Jedes Mitglied, jeder Wähler der AfD ist aufgefordert, mitzumachen und sich als Multiplikator dafür einzusetzen. Konkret: Nur so können wir 40.000 Sachsen mobilisieren, die Volksinitiative zu unterzeichnen. Wenn jedes Mitglied oder Freund der Partei mindestens 10 Unterschriften in seinem persönlichen Umfeld sammeln könnte, würde das unserer Initiative zum Erfolg verhelfen.

Wie das gehen kann und was unbedingt zu beachten ist, findet man auf der Website des Vereins <https://sachsen.genug-gezahlt.tv/>

Unterschriftenformulare und Flyer gibt es auch in jedem Bürgerbüro im KV Bautzen zur Abholung!

In diesem Sinne Ihr

Jan Zwerg  
Generalsekretär der AfD Sachsen



Karin Wilke  
Vorsitzende Genug GEZahlt! in Sachsen e.V.

## PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 16./17.11. 2019

### Linker Terror geht weiter – Regierung muss Antifa sofort verbieten

Erneut fackelten Linksextremisten ein Fahrzeug der Bautzener Firma Hentschke-Bau ab. Bei dem Brandanschlag in Dresden-Neustadt sprangen die Flammen auf drei weitere Fahrzeuge über und verursachten einen Schaden von insgesamt 50.000 Euro.

Frank Peschel, Mitglied im Fraktionsvorstand aus Bautzen, erklärt:



„Der linke Terror wird in Sachsen immer schlimmer. Fahrzeuge von Hentschke-Bau wurden bereits zum dritten Mal in diesem Jahr zerstört. Der Schaden geht in die Hunderttausende. Dadurch gefährden linke Gewalttäter über 700 Arbeitsplätze im Freistaat. Noch schlimmer hat es die CG-Baugruppe in Leipzig getroffen – sie wurde bereits sechsmal attackiert (Drs. 7/143).

Erneut zeigt sich: Die neue Sonderkommission Links kommt viel zu spät und ist viel zu schwach aufgestellt. Jahrelang hat die CDU-Regierung Linksextremisten in Sachsen weitestgehend gewähren lassen. Jetzt nur zehn zusätzliche Beamte auf die Gewalttäter anzusetzen, ist ein Witz.

Die AfD-Fraktion fordert, die terroristischen Antifa-Netzwerke endlich zu verbieten und ihren Treffpunkten und Clubs die finanzielle Förderung zu entziehen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/linker-terror-geht-weiter-regierung-muss-antifa-sofort-verbieten.html>

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.11.2019

### Linksextremisten unterwandern Klimaproteste – CDU-Regierung schaut weg

Die Staatsregierung besitzt angeblich keine Erkenntnisse über die Unterwanderung der Klimaproteste durch Linksextremisten. Die Vereinigung „Ende Gelände“ sei nicht linksextrem und werde deshalb auch nicht vom Verfassungsschutz beobachtet, wurde auf Anfrage der AfD-Fraktion (7/222) mitgeteilt.

Sebastian Wippel, stellv. Fraktionsvorsitzender und Fragesteller, erklärt:

„Das ist der Witz des Tages: ‚Ende Gelände‘ wirbt auf ihrer Webseite öffentlich für den Systemsturz – ‚das Problem heißt Kapitalismus‘ lesen wir dort. Eine drohende Klima-Apokalypse könne angeblich nur abgewendet werden, wenn die ‚menschenverachtenden Ideologien‘ der sozialen Marktwirtschaft abgeschafft würden.

Mehrfach haben linke Gewalttäter unter dem Banner von ‚Ende Gelände‘ bereits schwere Straftaten begangen. Im Hambacher Forst wurden Polizeibeamte mit Kot und Steinen attackiert und verletzt. In mehreren Braunkohlerevieren blockierten die Linksextremisten Bagger und begingen Brandanschläge und Sabotageakte.



Offenbar hat die CDU-geführte Staatsregierung von alledem nichts mitbekommen und ist weiterhin auf dem linken Auge blind. Auch wenn sie nun mit viel Tam-Tam eine Sonderkommission gegründet hat. Die AfD-Fraktion fordert die Staatsregierung auf, die angekündigten Gewaltaktionen in der Lausitz zur UN-Klimakonferenz Ende November ernst zu nehmen. Bürger und Unternehmen müssen endlich vor linker Gewalt geschützt werden.“

<https://afd-fraktion->

[sachsen.de/presse/pressemitteilungen/linksextremisten-unterwandern-klimaproteste-cdu-regierung-schaut-weg.html](https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/linksextremisten-unterwandern-klimaproteste-cdu-regierung-schaut-weg.html)

### **600 Euro mehr für Pflegeheim – staatliche Hilfe und Landespfleggeld nötig**

Pflegeheime in Sachsen sind dieses Jahr bis zu 600 Euro im Monat teurer geworden, berichtet die „Freie Presse“.

André Wendt, sozialpolitischer Sprecher, erklärt:

„Die dringend notwendige Verbesserung in der Pflege allein auf den Schultern der Pflegebedürftigen abzuladen, ist unsozial und muss deshalb beendet werden. Wenn vielen Pflegebedürftigen am Ende nur noch das Taschengeld in Höhe von etwas über 100 Euro pro Monat bleibt, kann von Teilhabe und einem würdigen Lebensabend nicht mehr gesprochen werden. Mit ihrer oftmals mickrigen Rente können viele die saftigen Preisaufschläge nicht zahlen und werden so zu Bittstellern beim Sozialamt degradiert.

Wir fordern deshalb, dass im ersten Schritt die Investitionskosten der Pflegeheime, welche momentan noch vom Pflegebedürftigen zu zahlen sind, wieder vom Freistaat übernommen werden. Dies würde die Pflegebedürftigen um ca. 350 Euro im Monat entlasten.



Zudem sind weitere Maßnahmen nötig, um den Druck vom Kessel zu nehmen. Dazu gehört auch der Wunsch vieler Angehöriger, ihre Familienmitglieder zu Hause selbst zu pflegen. Deshalb hat die AfD-Fraktion ein Landespflegefördergeld beantragt (6/14750), um die Angehörigenpflege finanziell deutlich besser zu unterstützen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/id-600-euro-mehr-fuer-pflegeheim-staatliche-hilfe-und-landespfleggeld-noetig.html>

### Jeder zweite Arbeitslose hat Migrationshintergrund

Manchmal offenbart die Presse unfreiwillig eine Posse. So heute passiert in der BILD und der Sächsischen Zeitung. So meldet die Bild, dass die Bundesagentur für Arbeit feststellen musste, dass jeder Zweite Arbeitslose Migrationshintergrund habe. Immerhin 52,7 %! Welche Belastung das für den Steuerzahler mit sich bringt und das dieses Geld bei anderen Projekten fehlt ist selbsterklärend.



Nun die Posse. Der neue Chef des Dresdner Arbeitsamtes, das sich selbst gern Jobcenter und seine Besucher Kunden nennt, Thomas Berndt, sieht das offenbar anders. Auf die Frage der SZ-Redaktion zur Deckung des Personalbedarfs, wird er auf die in Dresden Leistung beziehenden Flüchtlinge angesprochen. Seine Antwort: „Wir

brauchen Zuwanderung, sonst haben wir künftig ein Problem, alle Stellen zu besetzen.“

Moment. Spricht er jetzt von Stellen in seinem eigenen Amt, die er besetzen muss, oder ist die Erhebung des Bundes an ihm vorbei gegangen?

In einer Leistungsgesellschaft gibt es keinen Platz für unqualifiziertes oder unwilliges Personal. Meldete unlängst noch das BAMF, dass 80 % der Flüchtlinge nicht einmal die Mindestanforderung für einen Helfer-Job oder eine Ausbildung mitbringen. Somit stellt sich die Frage: Von welcher Stellenbesetzung der neue Dresdner Jobcenter-Chef überhaupt spricht?

Ein Blick in die großen Metropolen der alten Bundesländer lässt erahnen, wohin die Reise geht. Jeder der in Stuttgart schon einmal versucht hat, einen Burger zu bestellen, in Berlin ein Taxi zu nutzen, oder bei einer Paketlieferung eine linguistische Begegnung der dritten Art hatte, weiß von welchem Fachpersonal die Rede ist. Es geht offenbar um unqualifiziertes Personal für den Niedriglohnsektor – abhängig, billig, austauschbar. \*sr

<https://www.facebook.com/afddresden/photos/a.255884325061005/458838004765635/?type=3&th eater>

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.11.2019

### Zahl der Woche: 3296 Straftaten von „geduldeten Ausländern“ seit Jahresbeginn in Sachsen

Wie eine Kleine Anfrage (Drs. 7/235) von Sebastian Wippel ergeben hat, gingen für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. September 2019 unfassbare 3.296 Straftaten in Sachsen auf das Konto von „geduldeten Ausländern“.

Diese Gäste der CDU-Landesregierung sind ausreisepflichtig und müssten eigentlich längst wieder in ihrer Heimat sein.

Wir fordern:

⚠ Kriminelle dürfen unter keinen Umständen geduldet werden. ⚠

Denn gerade diese Gruppe ist ein Sicherheitsrisiko: Neun Straftaten gegen das Leben, 39 Sexualdelikte und 745 Rohheitsdelikte (Körperverletzung, Raub, ...), die von dieser Gruppe ausgingen, hätten ohne Probleme verhindert werden können. Die CDU-Regierung hätte dazu nur die aktuell 13.000 Ausreisepflichtigen auch tatsächlich abschieben müssen.

► Quelle: [https://afd-fraktion-sachsen.de/files/afd/fraktion-sachsen/Dokumente/Kleine%20Anfragen/2019/7\\_Drs\\_235\\_1\\_1\\_1\\_.pdf](https://afd-fraktion-sachsen.de/files/afd/fraktion-sachsen/Dokumente/Kleine%20Anfragen/2019/7_Drs_235_1_1_1_.pdf)



(Bildquelle: Sächsisches Innenministerium, Zieshan, CC BY-SA 3.0 de, [https://de.wikipedia.org/wiki/Polizei\\_Sachsen#/media/Datei:Polizei\\_Sachsen\\_VW\\_Passat.JPG](https://de.wikipedia.org/wiki/Polizei_Sachsen#/media/Datei:Polizei_Sachsen_VW_Passat.JPG), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>)

## **AfD-Anfrage enthüllt: 1,5 Millionen Euro für militante Antifa**

Laut Verfassungsschutz ist das Alternative Jugendzentrum (AJZ) Chemnitz die zentrale Anlaufstelle für Linksextremisten der Region. Dennoch wird es seit Jahren mit hohen Beträgen gefördert und durfte z.B. im Oktober unbehelligt einen sogenannten „Antifaschistischen Jugendkongress“ abhalten. Daran nahmen militante linke Antifa-Gruppen teil, wie die Anfrage der AfD-Fraktion (7/265) ergab.



Carsten Hütter, AfD-Landtagsabgeordneter und Anfrager, erklärt:

„Die aktuellen Brandanschläge in Rodewisch, Zwickau, Meißen, Dresden und Bautzen zeigen: Linksextreme Gewalt eskaliert in ganz Sachsen. Die CDU-geführte Staatsregierung handelt mehr als fahrlässig, wenn sie die Sonderkommission Linx nur auf Leipzig begrenzt.“

In den letzten Jahren wurde das AJZ insgesamt mit über 1,5 Millionen Euro Steuermitteln gefördert. Laut unserer Anfrage sieht die

Regierung jedoch keinen Grund, die Förderwürdigkeit des Extremisten-Treffpunktes in Frage zu stellen. Offenbar werden die linken Schlägertruppen von der CDU unterstützt, weil sie bisher vor allem ihren härtesten politischen Gegner attackierten – die AfD. Dieser Plan ist zum Scheitern verurteilt. Das zeigen die zunehmenden Gewaltorgien gegen Bürger in ganz Sachsen.

Auf Gewalt hat sich das AJZ übrigens mit einem sogenannten ‚Militanz‘-Workshop vorbereitet.“  
<https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/afd-anfrage-enthueellt-15-millionen-euro-fuer-militante-antifa.html>



### **Brandbrief von Ingenieuren: Bauen muss schneller gehen**

Die Ingenieurkammer Sachsen ruft in einem Forderungskatalog die Landesregierung zu einer umfassenden Entbürokratisierung auf. Darüber hinaus wünscht sich die Vertretung von 3.000 Ingenieuren laut DNN eine „schlanke und mittelstandsfreundliche Vergabepaxis, um die Chancen einheimischer Unternehmen“ zu verbessern.

Dazu erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende im Sächsischen Landtag, Jörg Urban:



„Deutschland versinkt in Bürokratie. Die ganz normale Familie kann sich deshalb kaum noch ein Eigenheim leisten. Großprojekte kommen zum Erliegen und der sächsische Mittelstand hat Probleme, alle Klauseln bei öffentlichen Aufträgen zu erfüllen.

Statt hier sinnvolle Maßnahmen zur Eindämmung der Papierflut zu ergreifen, denken sich die Europäische Union, die Bundes- und Landesregierung jedoch ständig neue Verordnungen, z.B. zum Klimaschutz, aus und belasten damit die Unternehmen und Familien immer mehr.

In den letzten Jahren gingen die Baukosten in Deutschland regelrecht durch die Decke. Sie haben sich seit 2007 um rund 33 Prozent erhöht. In den Niederlanden gab es indes nur einen moderaten Anstieg um sechs Prozent.

Wie machen die das? Ganz einfach: Sie haben ihr Baurecht ordentlich entrümpelt. In Deutschland gibt es hingegen 16 unterschiedliche Landesbauverordnungen, die mit Regelungen völlig überfrachtet sind.

Ministerpräsident Michael Kretschmer ist also in der Pflicht, etwas zu tun. Er sollte dazu auf die fachkundige Meinung der Ingenieurkammer Sachsen hören. Die von ihr aufgestellten Forderungen decken sich mit unserem AfD-Programm. Auch wir erwarten eine Planungsbeschleunigung bei Bauvorhaben und wollen die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer stärken. Zugleich sind wir die einzige politische Stimme in Sachsen, die dem hysterischen Klimairrsinn entgegentritt.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/brandbrief-von-ingenieuren-bauen-muss-schneller-gehen.html>

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 21.11.2019

### Renten-Doppelbesteuerung abschaffen

Wie der Sächsischen Zeitung aktuell zu entnehmen ist, stieg die Steuerlast für Rentner in den letzten zehn Jahren teilweise „um rund das Fünffache“. In Zukunft dürften davon auch immer mehr kleine und mittlere Renten betroffen sein. Es geht um Zusatzkosten in Höhe von mehreren hundert Euro pro Jahr.



Wir sagen: Es darf keine Renten-Doppelbesteuerung geben! Unsere Bundestagsfraktion hat hierzu auch bereits einen Antrag eingebracht (Drucksache 19/10629).

Im Laufe ihres Berufslebens zahlt die hart arbeitende Mittelschicht mehr als genug Steuern. Viele Familien kommen deshalb kaum oder gar nicht zum Sparen. Wenn dann auch noch die knappe Rente besteuert wird, kommt einem nun wirklich nur noch das Bild der ausgequetschten Zitrone in den Sinn.

Wir wollen diese Ungerechtigkeit stoppen! Denn: Es gibt gravierende Anhaltspunkte dafür, dass es zu einer nicht unerheblichen „Zweifachbesteuerung“ kommt, da auch der Anteil der Renten einer Besteuerung unterworfen wird, der aus Beiträgen stammt, die bereits versteuert wurden.

Statt die Rentner auszuquetschen, sollten sich die Altparteien einmal überlegen, wo sie wirklich sparen könnten. Uns fällt da eine Menge ein. Die Einwanderung in den Sozialstaat muss beendet werden. Der Klimairrsinn verschlingt Milliarden usw. usf. ...

+ Quelle: <https://www.saechsische.de/steuerbelastung-der-rentner-gestiegen-5142057.html>

+ AfD-Antrag im Bundestag: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/106/1910629.pdf>

<https://www.facebook.com/AfD.Sachsen/photos/a.322068014589056/2364520577010446/?type=3&theater>

### E-Auto-Planwirtschaft vernichtet unzählige Jobs

Der Autozulieferer Continental wird sich komplett vom Verbrennungsmotor verabschieden. In Limbach-Oberfrohna werden deshalb 850 Arbeitsplätze gestrichen. Ursache ist „der durch verschärfte Abgasgesetze beschleunigte, disruptive Umstieg der Autoindustrie auf Elektromobilität“, zitiert die Freie Presse.

Jan Zwerg, parlamentarischer Geschäftsführer, erklärt:

„Das heißt im Klartext: Die CDU-Regierung hat die deutsche Autoindustrie mit ihren drastischen CO<sub>2</sub>-Grenzwerten derart in die Enge getrieben, dass sie notgedrungen auf das E-Auto umstellen muss. Besonders die Arbeiter werden diese Fehlpolitik ausbaden müssen. Laut einer Studie der Uni Duisburg werden deutschlandweit 120.000 Jobs vernichtet.“





Der planwirtschaftliche Eingriff der CDU kostet aber nicht nur Jobs und Steuereinnahmen. Vielen Bürgern wird die Möglichkeit der bezahlbaren Mobilität genommen - sie können sich teure und unpraktische Elektroautos nicht leisten. Zudem ist das Batterieauto und seine Produktion alles andere als ökologisch und CO<sub>2</sub>-arm, wie eine Studie des Ifo-Institutes analysierte.

Die AfD lehnt den planwirtschaftlich erzwungenen Umstieg ab. Neue Formen der Mobilität müssen sich vor allem am Markt durchsetzen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/e-auto-planwirtschaft-vernichtet-unzaehlige-jobs.html>

### **Pflicht zum Kassenbon stellt Kleinbetriebe unter Generalverdacht**

Ab nächstem Jahr muss für jeden Mini-Kauf ein Kassenbon ausgegeben werden. Die Bäcker-Innung protestiert gegen diese „Gängelei“ und die „überflüssige Produktion von Müllbergen“. In Sachsen werde so jeden Tag eine Papierschlange von Dresden bis Leipzig produziert.

Der AfD-Fraktionsvorsitzender, Jörg Urban, erklärt dazu:

„Es ist mehr als unanständig, alle Bäcker, Fleischer und andere Kleinbetriebe unter den Generalverdacht des Steuerbetrugs zu stellen.

Dabei leiden Handwerker und Kleinunternehmer bereits heute besonders unter Überregulierung und Bürokratie. Nicht wenige denken an die Aufgabe ihres Geschäftes, weil die zusätzlichen Kosten ihren Betrieb unrentabel machen. Viele Unternehmer müssen zusätzliches Personal einstellen, um die Unmenge an statistischen Abfragen, Vorgaben und Verordnungen bewältigen zu können.



Die AfD lehnt die Pflicht zum Kassenbon ab. Wir wollen die Wirtschaft entbürokratisieren, damit sie erfolgreicher arbeiten und Wohlstand für alle produzieren kann. In den letzten Jahren sind bereits ein Drittel aller Bäcker und Fleischer von der Bildfläche verschwunden. Diese Entwicklung gilt es aufzuhalten, anstatt sie noch zu verschärfen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/pflicht-zum-kassenbon-stellt-kleinbetriebe-unter-generalverdacht.html>



## Neues von der Alternative für Deutschland

### PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 16./17.11. 2019

#### **JVA völlig überlaufen: Wohin mit Straftätern in Sicherheitsverwahrung?**

Schon jetzt platzt die Einrichtung aus allen Nähten: In der JVA Werl, die vor gerade einmal drei Jahren erbaut wurde, sind Häftlinge untergebracht, für die strikte Sicherheitsverwahrung gilt.

Hier sitzen die Schwerverbrecher ein, die nach ihrer Haftstrafe aus Sicht des Gerichts wieder rückfällig werden könnten. Mörder, Vergewaltiger, Menschen, die Kinder missbraucht haben - sie stellen eine große Gefahr für die Allgemeinheit dar, zumindest so lange, bis Gutachter ihnen wieder Anderweitiges bescheinigen. Die Statistik zeigt, dass ihre Zahl stetig steigt. Umso katastrophaler ist, dass sämtliche Kapazitäten der Justizvollzugsanstalt Werl schon heute erschöpft sind.

Kein Wunder. In diesem Jahr erreichte der Ausländeranteil in deutschen Gefängnissen einen neuen Rekordwert. In Berlin und Hamburg kommt bereits mehr als jeder zweite Häftling aus dem Ausland. Darunter befinden sich zahlreiche Islamisten. Wo NRW mit Sicherheitsverwahrten förmlich überrannt wird, müssen nun die Nachbarn im Saarland und in Rheinland-Pfalz ihre Haftanstalten öffnen, um in die Bresche zu springen. Dabei belaufen sich die Kosten eines Haftplatzes pro Tag auf 200 Euro.

Hier kann der Steuerzahler sich nur noch die Haare raufen. Kein Geld für unsere Rente, kein Geld für Kitas, Schulen, Wohnungsbau, Brücken oder Straßen, kaum Mittel für Polizisten, Feuerwehr und Lehrer, aber Millionen für die Unterbringung Krimineller, die über Jahrzehnte alimentiert werden müssen. Der Staat hat die Pflicht, diese Personen unverzüglich abzuschieben. Dann haben wir auch wieder ganz viel Platz für die Schwermissträfer, die schon vor 2015 bei uns gelebt haben.

<https://www.welt.de/vermischtes/article188202545/Auslaenderanteil-in-deutschen-Gefaengnissen-erreicht-Rekordwert.html>

<https://www.welt.de/vermischtes/article203486562/JVA-Werl-hat-keinen-Platz-mehr-fuer-gefaehrliche-Dauerhaeftlinge.html>



### **Der Mammut-Bundestag mit über 800 Abgeordneten rückt näher**

Albrecht Glaser, stellvertretender Bundessprecher und Mitglied der Arbeitsgruppe Wahlrechtsreform, erklärt:

„Nach heutigen demoskopischen Umfragen würde bei Neuwahlen ein Bundestag mit mehr als 800 Sitzen entstehen. Nach geltendem Bundeswahlrecht beträgt die Sollgröße des Bundestages 598 Mandate. Wegen komplizierter und intransparenter Regeln zu sogenannten Überhang- und Ausgleichsmandaten, ergab sich nach der Bundestagswahl 2017 eine Mandatszahl von 709 Mandaten. Seit dem Scheitern der Bundeswahlrechts-Reformkommission im Frühjahr 2019, welche das Problem des aufgeblähten Parlaments lösen sollte, sind ernstzunehmende Vorschläge anderer Parteien zur Verhinderung dieser politischen Krise unserer Demokratie nicht in Sicht.

Die AfD hatte bereits in den Kommissionsberatungen ein Wahlrechtsmodell eingebracht, das zu einer Verkleinerung des Bundestages bis zu 450 Abgeordneten führen kann und klare und transparente Wahlrechtsregeln enthält. Unser Lösungsvorschlag war damals abgelehnt worden.

Vor einigen Wochen hatten 100 Staatsrechtslehrer an den Bundestag appelliert, dringend Abhilfe zu schaffen, um die befürchtete Vergrößerung des Bundestages zu verhindern und die demokratischen Defizite des derzeitigen Wahlrechts zu beseitigen. Gestern Nacht hatte der Bundestag sowohl über den AfD-Vorschlag als auch einen Vorschlag von FDP, Grünen und Linken zu beraten und entscheiden. Der Vorschlag der AfD wurde mit den Stimmen aller anderen Parteien abgelehnt.

Wesentlicher Inhalt des Vorschlags von FDP, Linken und Grünen war, die reguläre Mandatszahl von 598 auf 630 zu erhöhen und die Zahl der Direktwahlkreise zu verringern ohne damit die Gesamtzahl der Mandate verkleinern zu wollen. Dieses Konzept führt offensichtlich nicht zu dem gewünschten Erfolg und ist bis März 2020 nicht umsetzbar, da alle Wahlkreise in Deutschland neu geschritten werden müssten. Da nach geltendem Wahlrecht ab März 2020 innerhalb der Parteien bereits Kandidatenaufstellungen für die Bundestagswahl 2021 möglich sind, muss der vorgelegte Vorschlag als Scheinlösung gewertet werden, welche lediglich dazu dient, anderen die Schuld am Politikversagen in die Schuhe schieben zu können.

Von den Regierungsparteien war konzeptionell überhaupt nichts zu erfahren. Das muss so gedeutet werden, dass CDU/CSU und SPD die von vielen Fachleuten und Bürgern beklagte Vergrößerung des Parlaments bereits in ihre politische Personalplanung einkalkuliert haben.

Dies alles dokumentiert aus Sicht der AfD staatspolitische Verantwortungslosigkeit. Parteipolitische Interessen werden über das öffentliche Wohl gestellt. Die Politikverdrossenheit in Deutschland wird aus guten Gründen steigen.“

<https://www.afd.de/albrecht-glaser-der-mammut-bundestag-mit-ueber-800-abgeordneten-rueckt-naeher/>

### **Alarmstufe Rot in Halle: Clan verprügelt Polizisten und droht ihnen Kopfschüsse an**

Die Polizei rückte im Clan-Nest Babylon-Lounge an, um einen Führerschein einzukassieren. Dann eskalierte die Lage.

Derzeit sitzt ein syrischer Rapper in Handschellen samt Familienanhang auf der Anklagebank vor dem Landgericht Halle. Auch ein Dolmetscher ist zugegen, denn Vater Fadel A. spricht kein Wort Deutsch. Was ihnen allen zur Last gelegt wird, scheint sie zu amüsieren. Das Trio soll im April 2017 in Naumburg Beamte beleidigt, angegriffen und verletzt haben. Hintergrund ist der Führerscheinentzug von Bruder Ahmed A.

Als die Polizei vor Ort war, um einen Vorführungshaftbefehl zu vollstrecken, verhöhnten die drei Syrer sie: "Wir erkennen euer Rechtssystem nicht an. Eure Strafhöhen hier in Deutschland sind lächerlich." Und schließlich: "Es reicht Männer, holt die Waffen raus, wir knallen sie ab!" Daraufhin zogen sich die Beamten zurück. Als sie im Mai 2017 schließlich den Führerschein beschlagnahmten, stürmten die Syrer das Polizeirevier, traten dort die vergitterte Sicherheitstür ein und drohten den Polizisten Kopfschüsse an.



Unfassbar: Statt mit den Mitteln des Rechtsstaats hart durchzugreifen, will der Vorsitzende Richter Milde walten lassen. Bei geständigen Einlassungen seien Haftstrafen denkbar, die zur Bewährung ausgesetzt werden könnten. Das, obwohl gegen den Rapper zusätzlich wegen Drogendelikten verhandelt wird. Es ist unsäglich, wie sich Deutschland vor kriminellen Araber-Clans wegduckt. Was müssen sich unsere Polizisten eigentlich noch gefallen lassen? Muss es erst tatsächlich Kopfschüsse geben? Hier sollte umgehend das Vermögen beschlagnahmt werden und die betreffenden Kandidaten in den Abschiebeflieger verbracht werden. Sie sind gänzlich verzichtbar!

<https://www.bild.de/regional/sachsen-anhalt/sachsen-anhalt-news/halle-clan-verpruegelt-polizisten-droht-ihnen-mit-mord-66037120.bild.html>

### **Somalier sticht Feuerwehrleute fast tot**

Das Fest Schlossgrabenhock in Ehrenkirchen-Kirchhofen ist eigentlich eine Veranstaltung für die ganze Familie. Umso unfassbarer ist es, was zwei Feuerwehrleuten passierte.



Es war schon spät, das Fest längst zu Ende. Doch der 36-jährige Somalier wollte nicht nach Hause gehen. Als er um 5 Uhr morgens nichts mehr zu trinken bekam und die Feuerwehrmänner ihn höflich baten zu gehen, rastete er aus. Blitzschnell zückte er ein Messer mit einer Klingenlänge von 26,5 Zentimetern und griff damit die beiden Männer an. Dabei ging er äußerst brutal vor. Mit der Tatwaffe stach er derart tief in die linke Körperhälfte, dass sie fast am Rücken wieder herauskam. Der Feuerwehrmann konnte nur durch eine Not-OP gerettet werden und schwebte zeitweise in Lebensgefahr.



Der stark verwundete, gelernte Schornsteinfeger musste drei Monate lang behandelt werden, bis er wieder voll arbeitsfähig war. Sein Kollege, ein 58 Jahre alten Masseur, verletzte der Somalier mit dem Messer unter anderem an der rechten Hand, so dass er bis heute in einer Reha-Maßnahme und nicht wieder voll arbeitsfähig ist. Nach der Tat floh der Angreifer erst, bevor er mit seiner afrikanischen Frau zurückkehrte und das Feuerwehrtzelt mehrfach aufschlitzte.

Die Opfer leiden bis heute an den Folgen und werden seelsorgerisch betreut. Dem Somalier, der seit zehn Jahren quer durch Europa tingelt und dessen Asylantrag das BAMF ablehnte, ist die ganze Gerichtsverhandlung nur lästig. Mürrisch lässt er über seinen Dolmetscher behaupten, er sei von den Feuerwehrmännern angegriffen worden. Warum er samt seiner Frau noch in Deutschland weilt, ist unverständlich. Er hat sein Gastrecht längst verwirkt.

<https://www.badische-zeitung.de/36-jaehriger-muss-sich-fuer-angriff-auf-feuerwehrmaenner-in-kirchhofen-verantworten--179246055.html>

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.11.2019

### Gesponsert durch Seehofers Heimatministerium

Der Bundesinnenminister will mit dem Projekt »Moscheen für Integration« die gesellschaftliche Verankerung islamischer Gemeinden in Deutschland fördern. Ob es nun das ist, was sich die



CSU-Wähler von Seehofers Amtsantritt in Berlin und mit der Gründung seines »Heimatministeriums« versprochen haben?

— — —

\* Recep Tayyip Erdoğan wurde 1998 in der Türkei wegen Dschihadismus zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, weil er unter anderem dieses Zitat Ziya Gökalps in einer Rede verwendete. Das könnte immerhin ein Hinweis darauf sein, wie der Moscheebau in Europa von einigen Muslimen verstanden wird.

\* "Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarett unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten."

<https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD/photos/a.1424703574437591/2482339542007317/?type=3&theater>

### **Die Politik der GRÜNEN geht zulasten der Bürger**

Bundessprecher Dr. Alexander Gauland sieht in den Ergebnissen des Parteitags der GRÜNEN eine Mischung von Schizophrenie und moralischer Überheblichkeit, die alle zulasten der Bürger gehen:

„Die Grünen wollen Milliarden und Abermilliarden Steuergelder für Maßnahmen wie den Klimaschutz verschwenden, deren Wirksamkeit nicht einmal ansatzweise erwiesen ist. Wie diese Milliarden volkswirtschaftlich erwirtschaftet werden sollen, lassen die Grünen völlig offen. Im Gegenteil: Viele dieser Maßnahmen belasten die deutsche Wirtschaft, den Standort Deutschland und mindern die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. Wenn man genau hinsieht, entpuppen sich diese konkreten Absichten als ideologischer Populismus ohne Gegenfinanzierung oder nachhaltigem Wirtschaftskonzept.

Eines ist jedoch sicher: Sollten die Grünen tatsächlich in die Verantwortung kommen, ihre Klima-Maßnahmen umzusetzen, werden sie den kleinen Mann zur Kasse bitten. Sie werden vor allen Dingen zulasten der Arbeiter und Familien gehen, die sowieso schon unter der enormen Steuer- und Abgabenlast ächzen. Strom wird teurer. Eine noch höhere CO<sub>2</sub>-Abgabe wird kommen. Autofahren und Fleischkonsum werden kostspieliger. Überall wird der moralisierende grüne Zeigefinger schmerzhaft zu spüren sein. Freiheit? Nein, danke, wird abgeschafft“, sagt Gauland.  
<https://www.afd.de/alexander-gauland-die-politik-der-gruenen-geht-zulasten-der-buerger/>

## **PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.11.2019**

### **Keinen Cent zusätzlich für den zwangsfinanzierten GEZ-Staatsfunk**

Berlin, 19. November 2019. Bundesvorstandsmitglied Andreas Kalbitz sieht überhaupt keinen Grund für die von der KEF vorgeschlagene Erhöhung der Rundfunkgebühren. Die Kommission für die Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten hatte vorgeschlagen, die Rundfunkgebühren ab 2021 auf 18,36 Euro pro Monat anzuheben.

„Die Deutschen werden schon jetzt mit über acht Milliarden Euro pro Jahr für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zur Kasse gebeten. Damit wird eine ständig weiter ausufernde Zahl von Spartenkanälen in Hörfunk und Fernsehen finanziert, die oftmals unter Ausschluss der Öffentlichkeit vor sich hin senden, aber von jener Öffentlichkeit dafür fürstlich zwangsweise finanziert werden. Ich fordere von ARD und ZDF, sich auf ihre Kernaufgaben – Information und Unterhaltung – zu konzentrieren und den Wildwuchs von Spartenkanälen einzustellen und diese Kanäle rückzubauen. Selbstverständlich wird der Finanzbedarf eines sich immer weiter aufblähenden Rundfunkimperiums immer weiter wachsen. Doch ARD und ZDF brauchen nicht Dutzende, sondern maximal eine Handvoll Kanäle, um der Grundversorgung gerecht zu werden. So ließen sich Milliarden einsparen und das gesamte Modell der Zwangsgebühren-Finanzierung des Staatsfunks könnte überdacht werden“, sagt Kalbitz.

<https://www.afd.de/andreas-kalbitz-keinen-cent-zusaetzlich-fuer-den-zwangsfianzierten-gez-staatsfunk/>



## PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.11.2019

### **Die wahre Heimat der Werte Union ist die Alternative für Deutschland**

Bundessprecher Dr. Alexander Gauland begrüßt die Äußerungen von Peter Tauber, die Werte Union habe keinen Platz in der CDU:

„Peter Tauber hat vollkommen recht: Die Werte Union hat keinen Platz in der weichgespülten Mainstream-CDU. Diese CDU lässt keinen Raum mehr für politische Freiheit und echte Werte. Sie hat sich auf ein politisch korrektes Denken verengt, das keine echte Meinungsfreiheit mehr zulässt. Mitglieder der Werte Union haben keine Zukunft in der Merkel-CDU, sie sind dort nicht erwünscht. Darum laden wir sie ein, zu uns in die AfD zu kommen. Hier kann man noch frei seine Meinung äußern, ohne Angst vor Tabus oder von oben verabreichten Maulkörben haben zu müssen. Tauber bestätigt, dass die AfD die CDU als konservativ-bürgerliche Kraft endgültig abgelöst hat“, sagt Gauland.

<https://www.afd.de/alexander-gauland-die-wahre-heimat-der-werte-union-ist-die-alternative-fuer-deutschland/>

### **Mit der Allensbach-Umfrage hat die GroKo ihre Bankrotterklärung durch die Bürger**

Bundesvorstandsmitglied Dr. Alice Weidel kommentiert eine aktuelle Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach, der zufolge das Vertrauen der Bürger in die Regierung und die politische Stabilität des Staates erosionsartig verfallen sei:

„Die Bürger haben die GroKo-Minderleister genau durchschaut: Diese Regierung wird nur noch durch die blanke Angst vor dem Verlust von Macht und Posten zusammengehalten. Dafür nimmt sie in Kauf, mit faulen Kompromissen und planlosem Aktionismus das ganze Land gegen die Wand zu fahren. Die Eigenlobhymnen, mit denen die GroKo-Größen sich das eigene Versagen schönreden, sind nur ein dünner Vorwand zum Weiterwursteln. Außerhalb der eigenen Filterblase erreichen die abgehobenen Sprüche keinen mehr. Mit diesen Umfrageergebnissen hat die Bundesregierung ihre Bankrotterklärung durch die Bürger schwarz auf weiß. Von der Amtszeit dieser Bundeskanzlerin wird als Fazit übrigbleiben, dass ihre Regierung die politischen Institutionen dieses Landes und das Vertrauen der Bürger in die Funktionsfähigkeit des Staates zutiefst erschüttert hat. Neuwahlen wären in einer solchen Lage das Gebot der Stunde, um dem Elend ein Ende zu bereiten. Aber diese Regierung ist zu nichts mehr fähig – nicht einmal mehr zum Koalitionsbruch“, sagt Weidel.

<https://www.afd.de/alice-weidel-mit-der-allensbach-umfrage-hat-die-groko-ihre-bankrotterklaerung-durch-die-buerger/>

### **Schon ab dem ersten Cent: Erste Volksbank kassiert Strafzinsen!**

Die Auswüchse der halsbrecherischen EZB-Politik werden immer offensichtlicher. 23 Prozent aller Banken erheben inzwischen Minuszinsen.



Wo sonst nur bei hohen Einlagen Extrakosten auf die Kontoinhaber zukommen, setzt die Volksbank Raiffeisenbank Fürstenfeldbruck in Bayern eine neue Marke. Dort müssen die Kunden nun ab dem ersten Cent auf ihr Tagesgeld Strafzinsen zahlen. Konkret sind das 0,5 Prozent Zinsen für das gesamte Guthaben. Schon seit dem 1. Oktober gilt die Regelung für alle Neukunden. Die allermeisten Banken und Sparkassen belasten ihre Privatkunden bisher erst ab einem Betrag von 100.000 Euro mit Negativzinsen.

Die Geldinstitute bekommen den Druck Draghis und seiner Nachfolgerin Christine Lagarde zu spüren. Im September hatte die EZB die Strafzinsen auf Bankeinlagen von minus 0,4 auf minus 0,5 Prozent erhöht, statt endlich den Kurs zu korrigieren. Damit schwinden die Gewinne und Vermögen und die Verbraucher müssen die Zeche zahlen.

Die Volksbank ist hier sicher nur der Vorreiter. Auch andere Geldinstitute werden sich angesichts der Lage überlegen, wie sie die Strafzinsen an ihre Kunden weiterreichen können. Als AfD fordern wir die Rückkehr zur Normalität im Finanzsektor - und damit das Ende der die Bürger enteignenden Negativzins-Politik.

<https://www.bild.de/geld/mein-geld/konto-und-bank/negativzinsen-volksbank-kassiert-jetzt-strafzinsen-ab-dem-ersten-cent-66123706.bild.html>

<https://www.handelsblatt.com/finanzen/banken-versicherungen/bundesbank-befragung-banken-erheben-minuszinsen-auf-ein-viertel-der-privaten-einlagen/25242146.html>

## **PRESSEMITTEILUNGEN vom 21.11.2019**

### **Lebensgefahr für unsere Kinder? Verhafteter Bomben-Islamist arbeitete in Grundschule!**

Neues zum Fall des syrischen Islamisten Abdullah H., der in dieser Woche in Berlin mit einem Großaufgebot des SEK verhaftet wurde. Wollte der Mann etwa unschuldige Schulkinder in die Luft sprengen?

Es scheint ganz so, denn der Asylbewerber war in einer Grundschule als Reinigungskraft beschäftigt, begegnete jeden Tag den Mädchen und Jungen auf den Fluren. Zuvor arbeitete er im Berliner Bode-Museum, wie die Staatsanwaltschaft mitteilte. Wie lange sich der Syrer samt seiner Ehefrau schon in Deutschland befindet, ob er ausreisepflichtig oder kriminell ist, ist derzeit Gegenstand weiterer Ermittlungen.

In der Wohnung des radikal-islamistisch gesinnten Syrers fand das GSG 9 Chemikalien und Bauteile für eine hochexplosive Sprengvorrichtung. Chatprotokolle legen nahe, dass der Mann eine möglichst große Anzahl von Menschen töten wollte. Er hatte sich explizit über den Bau von Bomben informiert.

Seit Anfang des Jahres befand sich der islamistische Gefährder im Visier des Bundeskriminalamts. Drei Monate wurde er rund um die Uhr observiert, weil seine Gefährlichkeit längst außer Frage stand. Nicht auszudenken, hätte Abdullah H. eine Bombe an der Grundschule gezündet oder wäre auf einen der zahlreichen Weihnachtsmärkte gelangt, um seinen teuflischen Plan in die Tat umzusetzen. Zum Glück konnten ihn die Ermittler dingfest machen. Wie viele Abdullahs sich derzeit noch als tickende Zeitbomben in Deutschland befinden, weiß niemand.  
<https://m.bild.de/regional/berlin/berlin-aktuell/terrorverdacht-polizei-fasst-syrer-37-in-berlin-66125996.view=amp.bildMobile.html>



### **Dreiste Betrüger: Goman-Clan erschlich sich Hunderttausende Euro Hartz IV!**

Köln: Gegenüber den Behörden gibt man sich völlig mittellos, daheim lebt man in Saus und Braus! Hier handelt es sich um eine von Deutschlands größten Betrügerbanden. Jetzt hat der Goman-Clan einen Polizeibesuch abgestattet bekommen.



Die Ermittler, die um 6:30 Uhr das Mehrfamilienhaus der Hartz IV-Empfänger stürmten, fühlten sich an ein Schloss erinnert. Vor der Tür teure Protz-Karossen, drinnen kostbare Kronleuchter, Luxusporzellan und nur das Feinste vom Feinen als Ausstattung. So schamlos residiert der kriminelle Goman-Clan, gegen den unter anderem ein Verfahren wegen Betrugs läuft.

Acht Beschuldige im Alter von 23 bis 31 Jahren trafen die Beamten an. Gegen sie alle besteht der Verdacht, dass sie unter Vortäuschung von Hilfsbedürftigkeit frech Sozialleistungen beim Jobcenter Leverkusen erschlichen.

Besonders helle sind die Kriminellen aber offensichtlich nicht, denn sie protzen mit ihrem Reichtum in den sozialen Medien. Man ist außerdem für das Abzocken von Rentnern mit Teppich-Tricks und für die Schutzgelderpressung von Ladenbesitzern in Köln bekannt.

Bereits im Frühjahr ging es den Goman-Mitgliedern an den Kragen: Bei einer Großrazzia in Leverkusen wurden mehr als 70 Wohnungen durchsucht, Luxuskarossen konfisziert und Anhänger der Betrüger-Bande verhaftet. Der Clan-Chef und seine Frau haben das Jobcenter um über 100.000 Euro Hartz IV geprellt, dafür soll „Don Mikel“ für über 7 Jahre ins Gefängnis. Staatsanwaltschaft und Gericht müssen streng durchgreifen, denn die Liste der Opfer ist lang. Das Vermögen des Clans ist zu konfiszieren, um den Betrugsschaden zu tilgen. Der harte Kurs ist Pflicht!

<https://www.bild.de/regional/koeln/koeln-aktuell/leverkusen-von-wegen-mittellos-polizei-hausbesuch-beim-goman-clan-66164150.bild.html>

[https://www.focus.de/politik/deutschland/kriminelle-betrueger-bande-mitglieder-des-goman-clans-vor-gericht-opfer-schildert-deren-blanken-hass\\_id\\_9727370.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/kriminelle-betrueger-bande-mitglieder-des-goman-clans-vor-gericht-opfer-schildert-deren-blanken-hass_id_9727370.html)

## **Die Regierung vergiftet den Mittelstand**

Das Rückgrat der deutschen Wirtschaft steht unter Beschuss. Eine Studie bescheinigt der Bundesregierung den Mittelstand zu "vergiften" - mit schlimmen Folgen für unseren Wohlstand. Wo beim Geschäftsklimaindex im Frühjahr 2019 noch 71,4 Prozent der befragten Unternehmen die wirtschaftliche Situation als gut oder sehr gut bezeichneten, tun dies sechs Monate später nur noch 21,7 Prozent. Befragt man die deutschen Weltmarktführer, so bezeichnen sie ihre Situation als „schlechter als akzeptabel“. Das spricht für sich.



Beklagt wird vor allem die fehlende politische Unterstützung. Die GroKo flößt der einst starken und krisenfesten Wirtschaft "Made in Germany" seit Jahren einen Giftcocktail ein, der vor allem kleine und mittelständische Unternehmen zunehmend belastet. Überteuerte Energiepreise, Bürokratieaufbau und überhöhte Steuern sind zum Problem geworden. Mit der CO2- Besteuerung wird die Lage sich weiter zuspitzen. Die Regierung muss auf Wachstum setzen und alles dafür tun, um

die Unternehmen zu entlasten. Stirbt der Mittelstand, endet unser Wohlstand.

[https://www.focus.de/finanzen/boerse/konjunktur/weltmarktfuehrerindex-von-roedl-partner-studie-zeigt-regierung-vergiftet-mittelstand-mit-schlimmen-folgen-fuer-uns-alle\\_id\\_11374028.html](https://www.focus.de/finanzen/boerse/konjunktur/weltmarktfuehrerindex-von-roedl-partner-studie-zeigt-regierung-vergiftet-mittelstand-mit-schlimmen-folgen-fuer-uns-alle_id_11374028.html)

## **PRESSEMITTEILUNGEN vom 22.11.2019**

### **CDU ist keine Volkspartei mehr**

Die Bildungsministerin von Schleswig-Holstein, Karin Prien (CDU), hat die Werteunion als „Sektierertruppe“ bezeichnet.

Dazu teilt der Bundessprecher Dr. Alexander Gauland mit:

„Nach Peter Tauber lässt auch seine Parteifreundin Karin Prien keinen Zweifel daran, dass die Zeit der Union als Volkspartei endgültig vorbei ist. Wer den Zusammenschluss der Konservativen in der CDU als ‚Sektierertruppe‘ diskreditiert, will die Union spalten und noch weiter nach links rücken. Es hat die CDU früher ausgezeichnet, dass in ihr unterschiedliche politische Strömungen von christlich über sozial bis hin zu konservativ versammelt waren. Doch diese Zeiten sind endgültig vorbei. Mit aller Macht versuchen die Vertreter der Merkel-CDU, die letzten verbliebenen



bürgerlich-konservativen Mitglieder und Wähler zu vertreiben, um den Weg für eine Zusammenarbeit mit den Grünen auf Bundesebene freizumachen. Den verbliebenen Konservativen in der CDU bleibt nur noch, die Konsequenzen zu ziehen und sich der bürgerlich-konservativen Alternative AfD anzuschließen. Hier müssen sie nicht fürchten, dass sie mit ihren konservativen Positionen anecken und an den Rand gedrängt werden.“

<https://www.afd.de/alexander-gauland-cdu-ist-keine-volkspartei-mehr/>

### **Verfassungsschutz warnt: Linksextreme Angriffe auf "Klima-Killer", Kreuzfahrtschiffe und SUV!**

Radikale Linksextremisten unterwandern das Heer der prä-apokalyptischen Klimahysteriker. Es geht ihnen nicht um die Umwelt, sondern um den Sturz des Systems.



Eine Spur der Verwüstung zieht sich durchs gesamte Land: Bei Porsche in Köln brannten mehrere hochwertige Fahrzeuge aus, bei einem Jaguar-Händler in Hessen wurden 46 Oberklasse-Autos abgefackelt. Der Schaden geht in die Millionen. Ein Kreuzfahrtschiff in Kiel kann nur nach Polizeieinsatz ablegen, am Berliner Flughafen Tegel wird der Flugverkehr von "Aktivisten" lahmgelegt. Die Mitarbeiterin eines Bauunternehmens in Leipzig-Connewitz wurde bloß wegen ihres Jobs verprügelt. Deutschlandweit werden SUV angesteckt oder anderweitig beschädigt.

Stets bekennen sich linke Gewalttäter, die sich unter dem Segel der vermeintlichen Klimaschutzsorge den Nährboden für ihre eigenen feigen Anschläge bereiten. Das Bundesamt für

Verfassungsschutz warnt eindringlich und bezeichnet die jüngsten Geschehnisse als Vorboten einer Entwicklung. Im Rahmen der antikapitalistischen Proteste gegen "Klimakiller" werden Linksextremisten künftig weitere Feindbilder wie Flughäfen oder Großbetriebe der Nutztierhaltung bekämpfen.

Man will den "Systemwechsel" durch Gewalt erzwingen, den Kapitalismus abschaffen und der linksextremen Ideologie so zum Durchbruch verhelfen. Der Verfassungsschutz hat bereits einige dieser "Aktivisten"-Gruppen auf dem Schirm. Die Bundesregierung hätte die Pflicht zu handeln, doch sie gibt sich auf dem linken Auge blind. Das ist ein unhaltbarer, einmaliger Zustand und Wasser auf die Mühlen der Linksextremisten. Wann wacht die GroKo auf und stellt sich dem vehement entgegen? Sollen nach angezündeten PKW als nächstes Menschen sterben?

WIR SIND GRUNDGESETZ: Wollen auch Sie Demokratie, Rechtsstaat und Meinungsfreiheit schützen? In unseren regelmäßigen Nachrichten erfahren Sie mehr: <https://www.afd.de/grundgesetz>

[https://www.focus.de/politik/sicherheitsreport/scheiben-einschlagen-oder-anzuenden-im-visier-von-linksextremisten-klima-killer-kreuzfahrtschiffe-gelaendewagen-flughaeften\\_id\\_11371616.html](https://www.focus.de/politik/sicherheitsreport/scheiben-einschlagen-oder-anzuenden-im-visier-von-linksextremisten-klima-killer-kreuzfahrtschiffe-gelaendewagen-flughaeften_id_11371616.html)



## Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

### PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 16./17.11. 2019

#### Untersuchungsausschuss-Breitscheidplatz – Schwere Vorwürfe gegen Innenministerium restlos aufklären!

Nach der gestrigen Sitzung des Untersuchungsausschusses Breitscheidplatz des Bundestages erklären Beatrix von Storch, AfD-Obfrau im Untersuchungsausschuss und stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, und Lars Herrmann, AfD-Mitglied im Untersuchungsausschuss Breitscheidplatz:

Beatrix von Storch: „Unsere Vermutung scheint bestätigt: Die obere politische Leitungsebene war auf Ministerebene involviert und hat alles getan, um Amri möglichst ungestört und frei agieren zu lassen. Und es stellt sich dann die Frage, ob jenseits der ministeriellen Leitungsebene auch die Kanzlerin involviert war.“

Lars Herrmann: „Wenn es einem LKA gelingt, eine V-Person erster Güte mitten unter islamistischen Gefährdern und Terroristen zu platzieren, und wenn diese Top-Quelle auf Weisung durch den Bundesinnenminister ‚aus dem Spiel‘ genommen werden soll, drängen sich zahlreiche bohrende Fragen auf. Die durchschaubaren Entlastungsversuche für de Maizière durch die Unionsabgeordneten, den Zeugen zu diskreditieren, scheiterten an dessen schlüssig und sachlich vorgetragene(n) Fakten.“

<https://www.afdbundestag.de/beatrix-von-storch-lars-herrmann-untersuchungsausschuss-breitscheidplatz-schwere-vorwuerfe-gegen-innenministerium-restlos-aufklaeren/>

### PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.11.2019

#### Wahlbeobachtung zur Parlamentswahl in Weißrussland

Am Sonntag, 17. November 2019, beobachteten zwei Abgeordnete der AfD-Fraktion die Parlamentswahl in Weißrussland. Die AfD-Parlamentarier Paul Viktor Podolay und Christoph Neumann waren die einzigen deutschen Delegierten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, die teilnahmen. Die Abgeordneten aller anderen Fraktionen blieben der Wahl fern.

Podolay erklärt: „Es ist eine große Verantwortung, als Delegierter eine Wahl zu beobachten. Als Deutsche nehmen wir diese Verantwortung sehr ernst. Damit halten wir demokratische Werte in internationalen Organisationen hoch.“



Podolay, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, ist seit dem Jahre 2017 Wahlbeobachter für die OSZE. In dieser Rolle beobachtet er regelmäßig Wahlen im Ausland, unter anderem in der Türkei, Kasachstan, der Ukraine und Russland. Podolay betont: „Insbesondere in den Staaten im postsowjetischen Raum müssen wir Demokratien präzise beobachten und zielgenau unterstützen.“  
<https://www.afdbundestag.de/podolay-wahlbeobachtung-zur-parlamentswahl-in-weissrussland/>

### **Politische Rahmenbedingungen für Rapsanbau verbessern!**

In einer kleinen Anfrage (BT-Drs. 19/14681) an die Bundesregierung hat die AfD-Fraktion nach den bisherigen und den geplanten Maßnahmen der Bundesregierung zur Schließung der heimischen „Eiweißlücke“ gefragt. Der Agrarpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Stephan Protschka, äußert sich zu den Antworten der Bundesregierung wie folgt:

„Ich begrüße die vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) 2012 auf den Weg gebrachte Eiweißpflanzenstrategie (EPS) sehr. Derzeit müssen wir jährlich etwa 2,3 Millionen Tonnen verdauliches Rohprotein für die Nutztierhaltung importieren. Diesen Bedarf decken wir zu mehr als 75 Prozent über den Import von Sojabohnen und Sojaextraktionsschrot. Wir reden hier immerhin über eine Flächenbelegung im Ausland für den Import von Futtermitteln für die heimische Nutztierhaltung von etwa 2,1 Millionen Hektar.

Die Stärkung des Anbaus von heimischen Eiweißpflanzen kann deshalb einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen, umweltgerechten, ressourcenschonenden und vor allem gentechnikfreien landwirtschaftlichen Produktion leisten.

Leider stehen im Blickpunkt der Eiweißpflanzenstrategie der Bundesregierung aber nur die klassischen Körnerleguminosen, wie beispielsweise Ackerbohnen, Erbsen, Soja und Kleearten. Der Raps als wichtigste heimische Eiweißpflanze wird überhaupt nicht berücksichtigt. Seit 2014 ist der Rapsanbau in Deutschland um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Das ist sehr schade, denn der Raps ist ein wichtiges Glied in der Fruchtfolge und leistet als Blühpflanze einen unersetzbaren Beitrag zum Erhalt und Schutz von Biodiversität und Insekten. Aber auch wirtschaftlich ist der Raps von hoher Bedeutung. Bei der Gewinnung von Öl oder Biodiesel aus Raps, fällt eiweißreiches Rapsschrot als Nebenprodukt an, welches als Eiweiß-Futtermittel verwendet werden kann.

Ich fordere die Bundesregierung auf, den Raps als die wichtigste gentechnikfreie Eiweißpflanze in der Eiweißpflanzenstrategie zu berücksichtigen. Die politischen Rahmenbedingungen für den Anbau müssen schleunigst verbessert werden. Dazu gehören vor allem die Zulassung von Pflanzenschutzmittelwirkstoffen zur Bekämpfung des Rapserrdflohs und der kleinen Kohlflyge, für die es derzeit keine ausreichend wirksamen Bekämpfungsmöglichkeiten gibt sowie die Förderung der Entwicklung neuer widerstandsfähigerer Rapsorten.“

<https://www.afdbundestag.de/protchka-politische-rahmenbedingungen-fuer-rapsanbau-verbessern/>

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.11.2019

### Der Westen verliert Afrika

Zum derzeit laufenden Afrikagipfel der Bundesregierung in Berlin erklärt Armin-Paulus Hampel, Außenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Bundestag:

„Die Afrika-Politik des Westens und somit auch Deutschlands ist eine Geschichte des Scheiterns. Seit 60 Jahren geben wir Geld und müssen zusehen, wie sich die Probleme verschlimmern. Einerseits steht uns die Bevölkerungsvermehrung um eine weitere Milliarde Menschen allein in Afrika bevor, für die weder Arbeitsplätze noch Lebensmittel vorhanden sind. Andererseits schwindet der Einfluss des Westens zugunsten Chinas, das sich anschickt, den Kontinent als seine Einflussphäre zu übernehmen.

Es sind nicht die Europäer, die Eisenbahnlinien renovieren oder neu bauen. Es sind die Chinesen. Die Verschuldung der afrikanischen Staaten steigt durch chinesische Kredite an, als Sicherheiten dienen ihre Bodenschätze. Wenn dann die Schulden überborden, soll der Westen bezahlen und die afrikanischen Staaten entschulden, während die Chinesen sich Monopole verschaffen.

Die Auswanderung aus Afrika nach Europa destabilisiert unsere Gesellschaften, während selbst ein millionenfacher Exodus Afrikas Probleme nicht lösen wird.

Was wir tun müssen, ist relativ einfach:

1. Kein Geld mehr geben und die bisherige, gescheiterte Entwicklungshilfe beenden.
2. Faire Handelsbedingungen zwischen der EU und Afrika schaffen („Fair Trade“).
3. Industriepartnerschaften begründen: nicht nur die Bodenschätze ausbeuten, sondern sie im Lande selbst weiterverarbeiten.
4. Die Transportinfrastruktur schaffen, um die neu aufzubauenden industriellen Zentren an den Weltmarkt anzubinden.
5. Die Facharbeiter für Industrie und Transportgewerbe im Lande ausbilden.“

<https://www.afdbundestag.de/hampel-der-westen-verliert-afrika-2/>

### Volkswagen AG soll endlich einen Schlusstrich ziehen und einen ernsthaften Vergleich für geschädigte Diesel-Kunden anbieten

Der Verkehrspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Dirk Spaniel, begrüßt den Hinweis des Oberlandesgerichts Braunschweig an die Anwälte des VW-Konzerns, zeitnah einen Vergleich anzubieten, der den fast 500.000 geschädigten und klagenden Kunden ein adäquates Angebot macht.

Spaniel erklärt: „Es ist selbstverständlich, dass die Kunden dabei einen Abzug für die Nutzung der Fahrzeuge zu erwarten haben. Wenn aber seitens des beklagten VW-Konzerns ein Vergleichsangebot bewusst hinaus gezögert wird, um die Entschädigung durch Anrechnung der Nutzungszeit noch zu verringern, wäre dies nicht hinnehmbar.



Nicht nur durch die Software-Manipulationen hat der Volkswagen-Konzern dem Automobilstandort Deutschland eklatant geschadet, sondern auch durch die Verschleppung von Gerichtsverfahren. Eine politische Aufarbeitung, die die Verantwortlichkeiten der in dem Aufsichtsrat sitzenden Ministerpräsidenten vorbehaltlos klärt, ist zudem überfällig. Die jahrelange Verfilzung, insbesondere von VW-Vorstand und Sozialdemokratie steht in einem ursächlichen Zusammenhang mit bekannt gewordenen Verfehlungen.

Der VW-Vorstand trägt aktuell eine ganz besondere Verantwortung für die Zukunft der deutschen Autoindustrie. Solange der Diesel-Betrug nicht zivil- und strafrechtlich abgeschlossen ist, werden die politischen Gegner des Automobils den Betrug weiterhin für die generelle Diffamierung der gesamten deutschen Automobilindustrie nutzen und damit tausende von Arbeitsplätzen gefährden.“

<https://www.afdbundestag.de/spaniel-volkswagen-ag-soll-endlich-einen-schlussstrich-ziehen-und-einen-ernsthaften-vergleich-fuer-geschaedigte-diesel-kunden-anbieten/>

### **Klimakabinettsbeschluss sorgt für Auftragsstornierungen bei Sanitär Heizung Klima**

Zu Auftragsstornierungen in den Bereichen Sanitär, Heizung und Klima in Folge des Klimakabinettsbeschlusses erklärt der AfD-Obmann im Bauausschuss des Deutschen Bundestages, Udo Hemmelgarn:

„Nach meiner schriftlichen Anfrage an die Bundesregierung zum Zusammenhang der Klimakabinettsmaßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung in Gebäuden und den im Bereich Sanitär Heizung Klima beklagten Auftragsstornierungen in dreistelliger Millionenhöhe, sieht die Bundesregierung nun offenbar Handlungsbedarf.

Sie kündigt zumindest in der Antwort des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie vom 15.11. an, ‚diesem Attentismus (abwartenden Verhalten) entgegenzuwirken‘ und ‚die angekündigte Novellierungen so schnell wie möglich umsetzen‘ zu wollen.

Wie sich die Stornierungen auf die wirtschaftliche Lage der ungefähr 24.000 Innungsbetriebe, die durchschnittlich jeweils zwei Auftragsstornierungen erhalten haben, auswirkt, dazu wollte oder konnte die Regierung keine weiteren Angaben machen. Dass die Innungsbetriebe nun offenbar die Rechnung für die ‚Änderung von Förderkonditionen‘ zahlen, ist meines Erachtens wirtschaftlich unvernünftig und ungerecht zugleich.“

<https://www.afdbundestag.de/hemmelgarn-klimakabinettsbeschluss-sorgt-fuer-auftragsstornierungen-bei-sanitaer-heizung-klima/>

### **Bundesregierung ist auf dem linken Auge blind**

Noch immer findet keine statistische Erfassung linksextremer Veranstaltungen durch das Bundesamt für Verfassungsschutz statt, was dazu führt, dass die Bundesregierung keinerlei Auskunft über derartige Zusammenkünfte zu geben vermag, wie sich aus einer Kleinen Anfrage der AfD-Fraktion unter Federführung des AfD-Bundestagsabgeordneten und Justizars der Fraktion, Stephan Brandner, ergibt.

Brandner, der fast zwei Jahre den Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags leitete, erklärt:

„Die umfassende Erfassung linksextremer Veranstaltungen, insbesondere mit überregionaler Mobilisierung, ist der erste Schritt, um linksextreme Gewalttäter wirksam zu bekämpfen. Dass die Bundesregierung sich mit einer ‚erschweren eindeutigen Zuordnung‘ linksextremer Veranstaltungen konfrontiert sieht und das damit begründet, dass die Teilnahme an Demonstrationen ‚grundsätzlich jedermann offen steht und im Linksextremismus die Mobilisierung vielfach gerade auf die Beteiligung von Teilnehmern aus nicht-extremistischen Gesellschaftsbereichen ausgerichtet‘ wird, darf nicht dazu führen, dass die Bundesregierung den Kopf in den Sand steckt und keine Maßnahmen ergreift.

Dass die Bundesregierung weitere Angaben über angekündigte Maßnahmen zu gemeinsamen Vorgehen der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern mit dem Verweis auf Geheimschutzinteressen ablehnt ist fragwürdig, gibt es für die Wahrung dieser schutzwürdigen Interessen doch die Möglichkeit, Verschlussachen zu definieren. Es scheint, als würde die Bundesregierung versuchen, Ausreden zu finden, die ihre Untätigkeit in Bezug auf linke Kriminalität und Linksextremismus verschleiern.“

<https://www.afdbundestag.de/brandner-bundesregierung-ist-auf-dem-linken-auge-blind/>

### **Delegationsreise der Kontaktgruppe Syrien der AfD-Bundestagsfraktion**

Die Kontaktgruppe Syrien der AfD-Bundestagsfraktion ist zu einer mehrtägigen Delegationsreise nach Syrien gereist. Angeführt wird die Delegation von Frank Pasemann und Waldemar Herdt, den Leitern der Kontaktgruppe Syrien. Überdies Teil der Delegation sind die Bundestagsabgeordneten Udo Hemmelgarn, Jürgen Pohl sowie Steffen Kotré.

Primäre Ziele der Reise sind die Einholung eines konkreten Lagebildes unmittelbar vor Ort sowie die Fortführung intensiver Dialoge, insbesondere hinsichtlich der Situation der syrischen Bevölkerung, dem Stand des Befriedungs- und Versöhnungsprozesses sowie bezüglich des infrastrukturellen, ökonomischen und gesellschaftlichen Wiederaufbauprozesses. Weitergehendes Ziel der Delegation ist der intensive Erkenntnisgewinn sowie eine Fundierung umfangreicher parlamentarischer Initiativen, mit denen die AfD-Bundestagsfraktion den Wiederaufbauprozess Syriens zum Gegenstand deutschen Interesses erheben will.

„Die Bundesregierung verweigert sich der Anerkennung der Realität. Ihre Syrienpolitik ist gescheitert. Es liegt somit an der Oppositionsführerin im Deutschen Bundestag, durch intensiv vorbereitete Gespräche Wege einer neuen Syrienpolitik aufzuzeigen, die einer Befriedung des Konfliktes sowie der Stabilisierung der Region – und damit eine Politik zum Wohle des syrischen und des deutschen Volkes – förderlich wäre“, so der Leiter der Delegation, der Bundestagsabgeordnete Frank Pasemann am Dienstagmorgen aus Damaskus.

„Die Reise ist ein Instrument generischer Oppositionspolitik, nämlich einer intensiven und konstruktiven Regierungskontrolle“, ergänzt der AfD-Bundestagsabgeordnete Waldemar Herdt. „Durch den kritischen Dialog vor Ort, mit Vertretern aus Regierung und Behörden, aber auch religiösen Vertretern sowie Gesprächspartnern aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und aus der Mitte des syrischen Volkes, wollen wir der bundesdeutschen Öffentlichkeit vor Augen führen, dass Gespräche in Richtung einer friedensorientierten Nachkriegsordnung im Sinne eines syrischen Neuanfangs durchaus möglich sind. Dieses Handeln müsste eigentlich eine wesentliche Säule der Außenpolitik der Bundesregierung sein, die leider jeglichen Anspruch Deutschlands als verlässlicher und hochgeschätzter Mittler im Nahen Osten aufgegeben hat“, so Herdt abschließend.

<https://www.afdbundestag.de/delegationsreise-der-kontaktgruppe-syrien-der-afd-bundestagsfraktion/>

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.11.2019

### Elternrechte in Gefahr – Warnung vor Kinderrechten im Grundgesetz

Anlässlich des 30-jährigen Bestehens der UN-Kinderrechtskonvention erklärt die stellvertretende familienpolitische Sprecherin der AfD-Bundestagsfraktion, Mariana Harder-Kühnel:

„Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe ‚Kinderrechte‘ hat vor Kurzem drei Formulierungsvorschläge für die im Koalitionsvertrag vorgesehene Einführung von Kinderrechten im Grundgesetz vorgelegt. Allen drei Vorschlägen ist gemeinsam, dass Eltern darin nicht einmal erwähnt werden. Die natürliche Einheit der Familie wird de facto aufgelöst. Das bisher wohl austarierte Dreiecksverhältnis von Eltern, Kindern und Staat gerät durch alle drei Varianten aus dem Gleichgewicht und gibt dem Staat die Möglichkeit, in die Familien hineinzuregieren. Kinderrechte können künftig so definiert werden, wie der Staat es möchte. Er könnte diese Rechte als ‚Anwalt der Kinder‘ notfalls auch gegen die eigenen Eltern durchsetzen.

Rein tatsächlich besteht keinerlei Veranlassung für die Einführung von Kinderrechten im Grundgesetz. Das Grundgesetz kennt nämlich keine Altersbeschränkung. Kinder sind – wie Erwachsene – vollumfänglich Träger von Grundrechten. So sieht es auch das Bundesverfassungsgericht. Der Staat hat nach Artikel 6 Absatz 2 des Grundgesetzes eine reine Wächterfunktion. Er muss eingreifen, wenn Eltern versagen, aber er darf das Primat der elterlichen Fürsorge eben nicht an sich ziehen.

Ähnliche Bedenken werden auch im parteiinternen Gutachten des CDU-Arbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) geäußert. Darin wird ausgeführt: ‚Die Positivierung von Kinderrechten wird in vorhersehbarer Weise dazu führen, das Elternrecht zugunsten staatlichen Bestimmungsrechts zurückzudrängen.‘

Es bleibt abzuwarten, ob zumindest Teile der Union noch das Rückgrat besitzen, in der Abstimmung im Bundestag ihrem Gewissen zu folgen oder ob auch diese aus reinem Machterhalt für eine Einführung von Kinderrechten im Grundgesetz stimmen werden.

Denn was sich in Wahrheit hinter der populistischen Forderung ‚Kinderrechte ins Grundgesetz‘ verbirgt, ist ein Angriff auf das Erziehungsrecht der Eltern. Der Ausdruck des linken Traums von der staatlichen ‚Lufthoheit über den Kinderbetten‘. Eine gefährliche Entwicklung, der sich die AfD-Fraktion auch weiterhin entschieden entgegenstellen wird.“

<https://www.afdbundestag.de/harder-kuehnel-elternrechte-in-gefahr-warnung-vor-kinderrechten-im-grundgesetz/>

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 21.11.2019

### „Klimabank“ weder im Interesse Deutschlands noch ärmerer Staaten

Die Europäische Union will ihre Förderbank, die Europäische Investitionsbank EIB, zur „Klimabank“ machen. Bis Ende 2021 soll die Förderung von Projekten für fossile Energieträger beendet werden, inklusive Erdgas.

Laut EIB-Präsident Hoyer betreibe die EIB nun die ehrgeizigste Klimaschutzpolitik aller öffentlichen Förderbanken weltweit. Von 2021 bis 2030 will die Bank eine Billion Euro für Klimaschutz-Projekte bereitstellen.

Der entwicklungspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Markus Frohnmaier, erklärt dazu:

„Die Transformation der EIB von Entwicklungs- zur Klimabank sendet ein katastrophales Signal an die Entwicklungsländer. Auch die deutsche Entwicklungsbank KfW fördert keine Projekte mit Bezug zu fossilen Brennstoffen, wie mir jüngst ein KfW-Vertreter bei einem Besuch im Oktober erklärte. Dabei verfügen viele dieser Staaten über verhältnismäßig gut erschließbare Kohle-, Gas- und Ölvorkommen, die sie nutzen wollen und – im Zweifel eben mit chinesischer Unterstützung – auch nutzen werden. Lohnende wirtschaftliche Kooperationen lässt Deutschland sich dadurch entgehen. Es ist außerdem schlicht anmaßend, wenn Industriestaaten, deren wirtschaftliche Erfolgsgeschichte ohne fossile Brennstoffe kaum vorstellbar ist, Entwicklungsländern nun ein Schicksal im Öko-Elend diktieren wollen. Entwicklung nur auf der Basis von Wind und Sonne ist utopisch.“

<https://www.afdbundestag.de/frohnmaier-klimabank-weder-im-interesse-deutschlands-noch-aermerer-staaten/>

### Rückzugsgefecht statt Wohnbauoffensive

Das Statistische Bundesamt hat mitgeteilt, dass die Zahl der von Januar bis September 2019 genehmigten Wohnungen um 1,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken ist.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Udo Hemmelgarn, Obmann im Ausschuss Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen, erklärt dazu:

„Erwartungsgemäß werden die Ziele des Wohnbaugipfels auch in den ersten neun Monaten des Jahres 2019 deutlich verfehlt. Die hoch gelobte Wohnbauoffensive der Großen Koalition wird immer mehr zum Rückzugsgefecht.“

Die Bundesregierung sollte endlich zur Kenntnis nehmen, dass auch die Ressource Wohnraum in diesem Land nur begrenzt zur Verfügung steht und nicht beliebig erweitert werden kann. Man wird die Wohnraumkrise nicht lösen, wenn man sich weigert, die Nachfrageseite zu entlasten.

Allein im Jahr 2018 sind fast 400.000 Menschen in unser Land gekommen. Das kann der Wohnungsmarkt nicht verkraften. Nur wenn die Grenzen gesichert und die mehr als 240.000 ausreisepflichtigen Ausländer konsequent abgeschoben werden, wird der Wohnungsmarkt eine spürbare Entlastung erfahren.“

<https://www.afdbundestag.de/hemmelgarn-rueckzugsgefecht-statt-wohnbauoffensive/>



### **Bundesregierung will Digitalisierung in Afrika fördern, versagt aber schon bei der Digitalisierung in Deutschland**

Zur Digitalklausur des Bundeskabinetts über Investitionen in den Mobilfunkausbau und der von Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller gemachten Aussage, das auch die Entwicklungshilfe stärker auf die Digitalisierung ausgerichtet werden müsse, erklärt der afrikapolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion Dietmar Friedhoff:

„Die von Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller getätigten Aussagen, dass wir die digitale Entwicklung in Afrika nicht verschlafen dürfen und das volle Potenzial heutiger Technik nutzen müssen, kann man nur als blanken Hohn empfinden. Es ist nicht unsere Aufgabe die Digitalisierung in anderen Staaten zu fördern, zumal Deutschland mittlerweile europäisches Schlusslicht allein in der Netzabdeckung ist. Für die größte Wirtschaftsmacht in Europa also ein Zustand, der nicht den Selbstansprüchen sowohl der Wirtschaft als auch der Politik genügen sollte. Daran wird auch die von der Bundesregierung in Aussicht gestellte eine Milliarde Euro, um Funklöcher in Deutschland zu schließen, meiner Ansicht nach nur wenig bewirken. Der Bundesentwicklungsminister handelt also treu nach dem Motto: Wenn wir unser eigenes Land schon nicht digitalisieren können, machen wir das eben mit anderen Ländern.“

Das Bundesentwicklungsministerium investiert mit der Initiative ‚Digitales Afrika‘ mittlerweile 268 Millionen Euro in insgesamt 227 Digitalprojekten in Afrika. Wer in einem kleinen Flächenland wie Deutschland die Digitalisierung noch nicht einmal umsetzen kann und verschlafen hat, verkennt die Größe des afrikanischen Kontinents und die damit einhergehenden Kosten. Das in Afrika ausgegebene Geld des deutschen Steuerzahlers zur Förderung der Digitalisierung wäre wesentlich besser in Deutschland angelegt.

Außerdem erhöht eine forcierte Digitalisierung in vielen Bereichen auch den CO<sub>2</sub>-Ausstoß, sowohl in Deutschland als auch in Afrika. Dies konterkariert geradezu das vom Deutschen Bundestag vergangene Woche beschlossene Klimagesetz.“

<https://www.afdbundestag.de/friedhoff-bundesregierung-will-digitalisierung-in-afrika-foerdern-versagt-aber-schon-bei-der-digitalisierung-in-deutschland/>

### **Tierquälerei geht leider weiter**

Der Antrag der AfD-Bundestagsfraktion, Tiertransporte ins Nicht-EU-Ausland zu verbieten, sofern nicht lückenlos und glaubhaft gewährleistet wird, dass auf dem gesamten Transport einschließlich der Behandlung am Zielort die tierschützenden Vorgaben der EU-Verordnung 1/2005 eingehalten werden, hat im Bundestag keine Mehrheit gefunden. Alle übrigen Fraktionen haben den Antrag abgelehnt.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Thomas Ehrhorn, stellv. Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, sagt dazu:

„Ich finde es empörend, wie die anderen Fraktionen sich bei derartigen Anträgen von uns verhalten. Ihnen geht es erkennbar nicht um die Sache, sondern nur um politische Winkelzüge. Schon im Ausschuss hatte ich eindringlich an die Kollegen appelliert, hier dem Tierwohl den Vorrang einzuräumen. Einzelne Landkreise und Bundesländer warten dringend auf eine bundeseinheitliche Lösung, damit quälereisiche Tierexporte endlich effektiv verhindert werden können. Derzeit ist es möglich, angeordnete Transportbeschränkungen und -verbote über Sammelstellen in anderen Bundesländern zu umgehen.“

Wer sich wirklich gegen das Leiden der Tiere politisch einsetzen möchte, macht seine Zustimmung zu einem entsprechenden Antrag im Bundestag nicht von politischer Taktiererei abhängig. Unsere AfD-Bundestagsfraktion hatte deshalb einem ähnlichen Antrag der Grünen zu diesem Thema ausdrücklich zugestimmt, der aber leider ebenfalls die notwendige Mehrheit verfehlte.

Nur, wenn die Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag endlich lernen, sich bei Anträgen anderer Fraktionen, gegen die kein vernünftiger Mensch etwas einwenden kann, zusammenzuschließen, können sie auch die Regierungsfractionen unter Druck setzen und damit eigene Vorhaben durchbringen. Dass starre Lagerdenken der übrigen Fraktionen lähmt die Demokratie. Die Abgeordneten entmachten sich damit selbst und überlassen das Feld durchweg der Regierungsmehrheit. Die Tierquälerei geht deshalb weiter.“

<https://www.afdbundestag.de/ehrhorn-tierquaelerei-geht-leider-weiter/>

## **PRESSEMITTEILUNGEN vom 22.11.2019**

### **Die Nato ist keine „Wünsch-dir-was-Organisation“**

Zur Neuausrichtung der NATO und dem jüngsten Vorschlag von Außenminister Maas zur Gründung einer Expertenrunde erklärt der Außenpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Armin-Paulus Hampel:

„Die Zeitschrift ‚Die Zeit‘ titelt am 21.11.2019 über Bundesaußenminister Maas: ‚Der Untätige‘. Dort kommentiert Ulrich Ladurner seinen Vorschlag zur Einberufung eines Arbeitskreises so: ‚Genau das ist auch der Zweck des Vorschlags. Alles vermeiden, was auch nur im Entferntesten zu Konflikten führen könnte. Hände vor die Augen, dann werden die Gefahren, die Macron klar benannt hat, schon verschwinden – irgendwie, irgendwann. Das wird freilich nicht geschehen, eher schon das Gegenteil.‘ Dieser Beurteilung muss man sich anschließen. Wir brauchen keine Expertenrunden. Wenn die Personen, die in der Verantwortung stehen, nicht in der Lage sind, die Probleme der NATO zu erkennen, sie zu benennen, ihre Ursachen zu analysieren, daraus Schlussfolgerungen für notwendige Änderungen zu ziehen und dann die erforderlichen Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen, dann sind sie Fehlbesetzungen.

Die NATO ist ein Verteidigungsbündnis zum Schutz Nordamerikas, des Nordatlantiks und Europas. Sie ist keine ‚Wünsch-dir-was-Organisation‘, die weltweit Interventionen betreiben darf. Genau den Zweck, zu dem sie gegründet worden ist, kann sie aufgrund der Schwäche der Europäer, insbesondere Deutschlands, nicht mehr erfüllen. Die Europäer müssen in der Lage sein, sich selbst aus eigener Kraft gegen Bedrohungen mit konventionellen Waffen aus dem Osten, dem Südosten und dem Süden zu schützen. Außerdem müssen sie die IT-Infrastruktur mit eigenen Industrieunternehmen so aufbauen und zukunftsfest machen, dass strategische Abhängigkeiten gegenüber anderen Mächten – insbesondere gegenüber China – vermieden beziehungsweise abgebaut werden. Für Deutschland bezieht sich dies nicht nur auf das notwendige Erreichen des 2-Prozent-Zieles bei den Verteidigungsaufgaben. Auch die Zersetzung der Inneren Ordnung der Truppe, wie durch Gender-Unfug und die irrwitzige Arbeitszeitverordnung, muss sofort beendet werden.“

<https://www.afdbundestag.de/hampel-die-nato-ist-keine-wuensch-dir-was-organisation/>



## Videos / Reden von AfD-Politikern aus dieser Woche

### AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

#### Pressekonferenz der AfD-Fraktion zur Einsetzung einer Enquete-Kommission Ländlicher Raum

<https://www.youtube.com/watch?v=-AfE-OAe3GM>

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNq/videos>

### AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

#### Grüner Deutschenhass & die chaotische Außenpolitik! | Berliner Gespräche mit Armin-Paul Hampel

<https://www.youtube.com/watch?v=LpCI962m9CI>

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

[https://www.youtube.com/channel/UC\\_dZp8bZipjntBGLVHm6rw/videos](https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipjntBGLVHm6rw/videos)

### AfD Kompakt TV

Alle Videos von Kompakt TV finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/channel/UCq2rogaxLtQFrYG3X3KYNww/videos>



## Meldungen aus Deutschland und der Welt

### **Werfen: Illegales Araber-Hotel entdeckt – Polizei macht falschen Bauernhof dicht**

<https://www.epochtimes.de/blaulicht/werfen-illegales-araber-hotel-entdeckt-polizei-macht-falschen-bauernhof-dicht-a3068198.html>

### **Mit Karacho in die EU: Ein Van mit 52 Afrikanern durchbricht Grenztor nach Ceuta**

<https://politikstube.com/mit-karacho-in-die-eu-ein-van-mit-52-afrikanern-durchbricht-grenztor-nach-ceuta/>

### **IS-Moslemin zu n-tv: „Wir haben geköpft, weil es im Koran steht“**

<http://www.pi-news.net/2019/11/is-moslemin-zu-n-tv-wir-haben-gekoeft-weil-es-im-koran-steht/>

### **HALAL-Produkte erobern deutsche Supermärkte**

<https://www.tag24.de/nachrichten/krefeld-halal-produkte-erobern-deutsche-supermaerte-firma-yayla-fleisch-messe-1293831>

### **Imam-Ausbildung: Pilotprojekt startet**

[https://www.deutschlandfunk.de/imam-ausbildung-pilotprojekt-startet.1939.de.html?drn:news\\_id=1072240](https://www.deutschlandfunk.de/imam-ausbildung-pilotprojekt-startet.1939.de.html?drn:news_id=1072240)

### **Rundfunkbeitrag: Kommission einigt sich auf erhöhte GEZ-Abgabe**

<https://www.computerbild.de/artikel/avf-News-Audio-Video-Foto-Rundfunkbeitrag-22790555.html?fbclid=IwAR1Edd5LoibSOukPpIFVvaSI0r5Ew9RSv1U3J-atyP-ySVseNPC4fYgkg0Y>

### **17-Jährige stoßen Jugendliche vor S-Bahn in den Tod - Verteidiger bestreitet Tötungsabsicht**

<https://www.merkur.de/bayern/nuernberg-jugendliche-vor-s-bahn-geschubst-prozess-taeter-verteidiger-anklage-11509482.html?fbclid=IwAR1onj2YFV5r4osxhNLBK1EgTkMvxQHkeFn5vO0C56WeeqozWq4vwKBRxNg>

### **Kretschmers Attacke – „In der AfD sitzen Neonazis“**

[https://www.welt.de/politik/deutschland/live203689952/CDU-Parteitag-Kretschmers-Attacke-In-der-AfD-sitzen-Neonazis.html?fbclid=IwAR2zz5YJtXEO1YEotPPdN5MMtWc\\_BXYGZqJlirByNChD0F5nDTI8VSSZWM0](https://www.welt.de/politik/deutschland/live203689952/CDU-Parteitag-Kretschmers-Attacke-In-der-AfD-sitzen-Neonazis.html?fbclid=IwAR2zz5YJtXEO1YEotPPdN5MMtWc_BXYGZqJlirByNChD0F5nDTI8VSSZWM0)

**Mann mit 18 Identitäten an der A 17 bei Berggießhübel aufgegriffen**

<https://www.dnn.de/Region/Polizeiticker/Mann-mit-18-Identitaeten-an-der-A-17-bei-Berggiesshuebel-aufgegriffen?fbclid=IwAR0fYVRSkpjFcqjDOYFJ-jNU8tHN4aN6-hKRzGZ5kvoqbdIArlwETxIwBU>

**Achtung Satire:**

Humoriges .. ernste Dinge mit einem kleinen Augenzwinkern betrachtet, denn das Lachen lassen wir uns erst recht nicht verbieten ;-)

*Meine Tochter hat einige ihrer Klimafreaks eingeladen. Hab schon mal das Klopapier angepasst.*







## Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

## PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

## SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen  
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552  
BIC: OSDDDE81XXX  
Ostsächsische Sparkasse

\*\*\*

**VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!**

## KONTAKT:

Büro Bautzen  
Karl-Marx-Str. 15  
02625 Bautzen  
03591-5328336  
Montag – Freitag  
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda  
Friedrichsstr. 9  
02977 Hoyerswerda  
03571-2096287  
Montag – Donnerstag  
10.00-18.00 Uhr  
Freitag  
10.00-16.00 Uhr

Büro Kamenz  
Klosterstr. 4  
03578-7889108  
Montag – Freitag  
Montag 12.00-18.00 Uhr  
Dienstag 10.00-18.00 Uhr  
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr  
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr  
Freitag 8.00-13.00 Uhr

[www.afdbautzen.de](http://www.afdbautzen.de)  
[info@afdbautzen.de](mailto:info@afdbautzen.de)



AfD-Kreisverband Bautzen